

Schutzschirm für Arbeitnehmer

Koalition stützt Sozialsysteme

Auch die Sozialversicherungen leiden in Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise unter Einnahmeausfällen. Doch eine Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosen- und Krankenversicherung wäre in der aktuellen Situation Gift. Daher stützt die christlich-liberale Koalition die Bundesagentur für Arbeit und die gesetzlichen Krankenkassen mit einem Zuschuss in Milliardenhöhe. Das betreffende Gesetz enthält außerdem zahlreiche weitere Maßnahmen zum Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor den Folgen der Krise.

Zur Bekämpfung der negativen Auswirkungen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise hat die Bundesregierung bereits vielfältige Initiativen ergriffen: So schuf die Große Koalition unter anderem Schutzschirme für Sparer, für Banken und für Unternehmen. Nun legt die christlich-liberale Regierung nach und unternimmt wichtige Schritte zum Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor den Folgen der Krise. Dieser Schutzschirm für Arbeitnehmer hat ein Volumen im zweistelligen Milliardenbereich.

Erstes Element des Schutzschirms ist ein Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit in Höhe von 12,8 Milliarden Euro. Ursprünglich sollte das voraussichtliche Defizit der Bundesagentur als Folge krisenbedingter Einnahmeausfälle mit Hilfe eines rückzahlungspflichtigen Darlehens ausgeglichen werden. Diese Summe wird nunmehr als einmaliger Zuschuss aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung gestellt. Dank dieser Unterstützung müssen die Einnahmeausfälle der Arbeitslosenversicherung jetzt nicht per Beitragserhöhung finanziert werden.

Somit wird einer Erhöhung der Lohnnebenkosten entgegengewirkt, was zur weiteren Stabilisierung des Arbeitsmarktes beitragen dürfte. In die gleiche Richtung zielt die Erhöhung des Bundeszuschusses an die gesetzlichen Krankenkassen um fast vier auf nun 15,7 Milliarden Euro.

Ein weiterer Bestandteil des Schutzschirms für Arbeitnehmer ist die Erhöhung des Schonvermögens für Hartz-IV-Empfänger. Wer privat für seinen Lebensabend vorgesorgt hat und aufgrund der Krise arbeitslos geworden ist, soll künftig nicht mehr sofort auf seine Ersparnisse zurückgreifen müssen.

Die christlich-liberale Bundestagsmehrheit beschloss daher eine Verdreifachung des Freibetrags für das Altersvorsorgevermögen von Arbeitslosengeld-II-Beziehern auf 750 Euro pro Lebensjahr. Zu Zeiten der Großen Koalition hatte die SPD die Umsetzung dieser Initiative verhindert.

Als zusätzliche Komponente des Schutzschirms hatte sich die CSU frühzeitig für ein 750-Millionen-Euro-Sofortprogramm für die ebenfalls von der Wirtschaftskrise betroffene Landwirtschaft stark gemacht.

Im Mittelpunkt stehen hierbei die Milchproduzenten, die sich aufgrund der aktuellen Krise auf dem Milchmarkt in einer besonders schwierigen Lage befinden. Ihnen sollen in Form einer Grünlandprämie sowie einer Kuhprämie 500 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Gleichzeitig erhöht die unionsgeführte Regierungskoalition den Bundeszuschuss für die Landwirtschaftliche Unfallversicherung um 200 Millionen Euro und stellt ein Krisen-Liquiditätshilfeprogramm im Wert von 50 Millionen Euro zur Verfügung.

Sehr geehrte Damen und Herren,

einmal mehr hat das Bundesverfassungsgericht eine Entscheidung zu einem sensiblen Bereich gefällt. Am Dienstag erklärten die Karlsruher Richter die bisherigen Vorschriften zur Vorratsspeicherung von Kommunikationsdaten für nichtig. Diese Entscheidung kann für die Strafverfolgung eine weit reichende Einschränkung bedeuten. Die christlich-liberale Koalition wird sich des Themas mit großer Ernsthaftigkeit annehmen.



Tatsächlich wirkt die EU-Vorgabe, sämtliche Telefon- und E-Mail-Verbindungsdaten aufzuzeichnen, auf den ersten Blick unangemessen. Häufig werde ich von Bürgerinnen und Bürgern gefragt, wer Zugriff auf diese Informationen hat und was mit ihnen geschieht. Das Gesetz wurde jedoch mit großer Rücksicht auf die Privatsphäre ausgearbeitet. So ging es niemals um Inhalte von Telefonaten, Faxen oder E-Mails. Vielmehr wurden ausschließlich Anschluss-Nummern, Teilnehmerkennungen sowie Uhrzeiten gespeichert. Karlsruhe hat nun weitere Bereiche genannt, in denen der Datenschutz stärker berücksichtigt werden muss. Denn die Abfragemodalitäten für gespeicherte Daten waren in dem von der damaligen SPD-Justizministerin Zypries verantworteten Gesetz zu vage formuliert.

Grundsätzlich zweifeln die Richter aber nicht an der Verfassungsmäßigkeit der Speicherung solcher Daten. Und sinnvoll ist sie allemal: In den vergangenen Jahren konnten dank Vorratsdatenspeicherung viele Straftaten verhindert oder aufgeklärt werden – von der Bombendrohung gegen ein Krankenhaus über Banküberfälle bis zur Verbreitung von Kinderpornographie. Wir brauchen also ein verbessertes Gesetz, das sowohl den Datenschutz im Blick behält als auch eine verbesserte Strafverfolgung und -vereitelung ermöglicht.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Hans-Peter Uhl MdB

Arbeitsmarkt

Deutschland steht in Krise gut da – Positive Zahlen im Februar

Selbst Fachleute sind überrascht: Während sich die Wirtschaftskrise extrem negativ auf die Arbeitslosenquote vieler europäischer Staaten auswirkt, zeigt sich der deutsche Arbeitsmarkt strukturell gefestigt. Im Februar stieg die Zahl der Erwerbslosen nur minimal an – die Stabilisierungsmaßnahmen der Bundesregierung tragen Früchte. Unterdessen bereitet die christlich-liberale Koalition weitere Schritte zur Stützung des Arbeitsmarkts vor.

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt entwickelte sich im Februar deutlich besser als erwartet. Im Vergleich zum Vormonat waren lediglich 26.000 Menschen mehr erwerbslos, die Arbeitslosenquote ist unerwartet gering auf 8,7 Prozent angestiegen. Zwischen Januar und Februar 2009 war die Zahl der Jobsuchenden noch um 63.000 angewachsen.

Trotz der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise liegt die Arbeitslosigkeit in Deutschland mit 3,64 Millionen Erwerbslosen noch um rund 1,6 Millionen geringer als bei Regierungsantritt von CDU und CSU vor fünf Jahren. Im Februar 2005 waren noch mehr als 5,21 Millionen Menschen ohne Arbeit gewesen.



Ein leichter Anstieg der Arbeitslosenzahl am Jahresbeginn ist durchaus üblich; aufgrund des langen und strengen Winters war eine solche Entwicklung in diesem Jahr sogar so gut wie unvermeidbar. Experten hatten aber aufgrund der Wirtschaftskrise mit einer viel negativeren Entwicklung gerechnet.

Das konsequente Handeln der unionsgeführten Bundesregierung verhinderte aber bisher Schlimmeres. Insbesondere das zeitig angebotene Instrument der Kurzarbeit wurde von vielen Betrieben angenommen und sicherte viele Jobs.

Doch auch in Sachen Kurzarbeit zeichnet sich ein positiver Trend ab, denn die Zahl der entsprechenden Anträge sinkt. Während sich in den beiden Vormonaten noch je über 100.000 Beschäftigte in Kurzarbeit befanden, nutzten im Februar nur zwischen 80.000 und 85.000 Arbeitnehmer dieses Angebot.

Den Grund für diese Entwicklung sieht die Bundesagentur für Arbeit in der verbesserten Auftragslage. Dies verdeutlicht, dass die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland einen zaghaften, aber konstanten Aufwärtstrend erfährt.

Um ein Durchgreifen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt auch weiterhin zu verhindern, wird die Bundesregierung die Entwicklung allerdings weiterhin wachsam beobachten. Außerdem hat die christlich-liberale Regierungskoalition erst diese Woche einen ‚Schutzschirm für Ar-

beitnehmer‘ auf den Weg gebracht: Zuschüsse an die Bundesagentur für Arbeit und die gesetzlichen Krankenkassen sollen die Lohnnebenkosten weiter so gering wie möglich halten und somit Arbeitsplätze sichern (siehe Bericht auf Seite 1).

Besonders erfreulich ist die Entwicklung auf dem bayerischen Arbeitsmarkt. Dort nahm die Arbeitslosigkeit im Februar sogar leicht ab; die Erwerbslosenquote in Bayern war außerdem die niedrigste aller Bundesländer (5,5 Prozent). Darüber hinaus ist der Anteil der Langzeitarbeitslosen mit 43 Prozent im Freistaat am geringsten. In sämtlichen anderen Bundesländern liegt er bei mehr als der Hälfte.

Diese Woche

Schutzschirm für Arbeitnehmer Koalition stützt Sozialsysteme	1
Arbeitsmarkt Deutschland steht in Krise gut da – Positive Zahlen im Februar	2
Afghanistan-Politik Breite Mehrheit für neue Strategie	3
Blick nach links	3
Tarifverhandlungen Faire Einigung im öffentlichen Dienst	4
Digitales Zeitalter Bundestag errichtet Internet-Kommission	4
Gentechnik Länder können selbst entscheiden	4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Tassilo Wanner
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Ihr direkter Draht nach Berlin
Per Telefon zur CSU-Landesgruppe



Im Bund erfolgreich für Bayern

Telefon 0800 - 0 91 55 22
(gebührenfrei)

Dienstag, 16. März 2010
13.00 - 15.00 Uhr

Über die aktuelle Lage auf dem Arbeitsmarkt und alle weiteren bundespolitischen Themen können Sie mit den Bundestagsabgeordneten der CSU am Telefon diskutieren.

Die Abgeordneten stehen allen Bürgerinnen und Bürgern gerne Rede und Antwort.

Afghanistan-Politik

Breite Mehrheit für neue Strategie

Soldatinnen und Soldaten aus der ganzen Welt geben in Afghanistan täglich ihr Bestes, um das Land zu stabilisieren. Diese Mission dient gleichzeitig den Menschen vor Ort als auch der Sicherheit Deutschlands. Deswegen beteiligt sich auch die Bundeswehr an diesem internationalen Stabilisierungseinsatz. Die neue Einsatzstrategie von Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg eröffnet der Bundeswehr im Einklang mit den Ergebnissen der internationalen Afghanistan-Konferenz von London eine Abzugsperspektive. 'Übergabe in Verantwortung' – der Bundestag stimmte diesem Konzept mit breiter Mehrheit zu und gab den deutschen Soldatinnen und Soldaten ein starkes Mandat.

Die überarbeitete Strategie für das deutsche Engagement in Afghanistan hat ein eindeutiges Ziel: So bald wie möglich sollen die Afghanen die Verantwortung für die Sicherheit ihres Landes selbst übernehmen können. Doch dazu sind vorübergehend erhöhte Anstrengungen notwendig, was die Stabilisierung des Landes und insbesondere die Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte angeht. Nur eine zeitweise Verstärkung der Anstrengungen eröffnet die Chance, sich mittelfristig aus Afghanistan zurückziehen zu können.

Am vergangenen Freitag stimmte der Deutsche Bundestag daher mit breiter Mehrheit für eine temporäre Ausweitung des Afghanistan-Mandats: 500 zusätzliche Soldatinnen und Soldaten werden

künftig vor allem afghanische Sicherheitskräfte ausbilden und den Schutz der Bevölkerung erhöhen. Insgesamt



Deutsche Wiederaufbauhilfe: Brunnenbau

steigt die Zahl der eingesetzten Bundeswehrsoldaten von 4.500 auf 5.350. Das neue Afghanistan-Konzept der christlich-liberalen Koalition bein-

haltet auch zahlreiche zivile Komponenten. So wird der Polizeieinsatz zur Schulung afghanischer Polizeikräfte um knapp 50 Prozent erhöht, während die Finanzmittel für den Wiederaufbau beinahe verdoppelt werden.

Dabei kann die Bundeswehr an Erfolge der Vergangenheit anknüpfen: In den letzten Jahren sicherte die internationale Schutztruppe den Alltag der Menschen und verbesserte die Infrastruktur des Landes. Inzwischen gehen in Afghanistan fünf Mal mehr Kinder zur Schule als unter dem Taliban-Regime – darunter auch wieder Mädchen –, während der Zugang zum Gesundheitswesen seit 2001 verzehnfacht wurde. Diesen Weg heißt es konsequent fortzusetzen. Denn Sicherheit und Wiederaufbau bedingen sich einander.

++ Blick nach links ++ Blick nach links ++ Blick nach links ++ Blick nach links ++

Vergesslich

Ein besonders geringes Erinnerungsvermögen hat am Donnerstag die SPD unter Beweis gestellt. Sie forderte im Bundestag die Abschaffung der Krankenkassen-Zusatzbeiträge. Dabei war mit Ulla Schmidt in der Großen Koalition eine Sozialdemokratin zuständig. Die damals gepriesenen Vorteile der Zusatzbeiträge in Sachen Transparenz und positiver Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt scheint die SPD vergessen zu haben. Doch eine Erinnerungslücke kommt selten allein: Unter Rot-Grün haben die Sozialdemokraten außerdem einen allein von den Arbeitnehmern und Rentnern zu zahlenden Zusatzbeitrag von 0,9 Prozent durchgesetzt – und schelten ihn jetzt als unsozial.

Abgeschrieben

„Kinderlärm – kein Grund zur Klage“: Unter diesem Titel fordert die SPD von der Bundesregierung, die gesetzlichen Grundlagen dafür zu schaffen, dass Kindergeschrei vor Gericht nicht mehr als Lärmbelästigung gewertet werden kann. So weit, so gut. Peinlich für die Sozialdemokraten: Die SPD hat abgeschrieben! Bereits vor einem Jahr formulierte die CSU-Landesgruppe auf ihrer Klausur: „Kinderlärm ist Zukunftsmusik!“ Auf Initiative der Christsozialen wurde diese Forderung sogar in das Regierungsprogramm von CDU und CSU aufgenommen; die zuständigen Ministerien arbeiten derzeit an der rechtlichen Umsetzung. Für die SPD gilt wir für alle Abschreiber: Setzen, sechs!

Unbelehrbar

Von den Arbeitgebern bis zur Bundesanstalt für Arbeit begrüßten sämtliche Experten das Ende der staatlich geförderten Altersteilzeit. Denn meist nutzten Großunternehmen dieses Mittel, um ihre Angestellten früh zu verrenten – auf Kosten kleinerer Betriebe. SPD und Linkspartei zeigen sich aber unbelehrbar: Im Bundestag verfolgen sie weiterhin Gesetzesinitiativen zur Verlängerung der staatlichen Förderung, auf deren Ende man sich bereits geeinigt hatte. Den Arbeitern und Bauern hilft das allerdings kaum: Laut Experten wird die staatlich geförderte Altersteilzeit überdurchschnittlich selten von Angestellten in körperlich besonders anstrengenden Berufen genutzt.

Tarifverhandlungen

Faire Einigung im öffentlichen Dienst

Die Einigung im Schlichtungsverfahren macht es möglich: Zwei Millionen Angestellte im Öffentlichen Dienst können mit 2,3 Prozent mehr Gehalt rechnen. Am Wochenende einigten sich Arbeitgeber und Gewerkschaften auf einen Schlichterspruch, der die Grundlage für eine Gehaltserhöhung in drei Schritten legt.

Die christlich-liberale Bundesregierung begrüßte den moderaten Tarifabschluss. Er soll in der selben Form auf die Beamten des Bundes, Soldaten und Pensionäre übertragen werden. Auch sie werden eine rückwirkende Gehaltserhöhung zum 1. Januar 2010 in Höhe von 1,2 Prozent erhalten. Zu Beginn des kommenden Jahres wird es eine Einmalzahlung von 240 Euro sowie eine zweite Erhöhung um 0,6 Prozent geben. Die letzte Steigerung beträgt weitere 0,5 Prozent und wird zum 1. August 2011 wirksam. Die Einigung, die von Seiten der Arbeitnehmervertreter als starkes



photocase

Signal gelobt wurde, gilt bis Ende Februar 2012. Diese relativ lange Laufzeit eröffnet den Arbeitgebern die Möglichkeit zur langfristigen Planung.

In den Verhandlungen kam es darauf an, einerseits die Interessen der Angestellten, aber gleichzeitig auch die angespannte Situation der öffentlichen Haushalte zu berücksichtigen. Nachdem sich die Gewerkschaften mit ihrer Forderung nach einer Gehaltssteigerung von 3,5 Prozent nicht durchsetzen konnten, hatten die Tarifparteien ein Schlichtungsverfahren eingeleitet.

Digitales Zeitalter

Bundestag errichtet Internet-Kommission

Das Internet entwickelt sich zunehmend zu einem integralen Bestandteil des Lebens vieler Menschen in Deutschland. Es bietet neue Entfaltungsmöglichkeiten – für den Einzelnen, für die Wirtschaft und sogar für die Demokratie. Am Donnerstag beauftragte der Deutsche Bundestag ausgewählte Abgeordnete und Experten, die Chancen und Risiken des digitalen Zeitalters auszuloten.

Das Internet dient nicht mehr lediglich als Medium zum Informationsaustausch, sondern wird zunehmend selbst zu einem wesentlichen Ausgangspunkt gesellschaftlicher Veränderungen. Die nun eingesetzte Enquete-Kommission ‚Internet und digitale Gesellschaft‘ wird die Folgen dieser Entwicklung abschätzen und Handlungsempfehlungen für eine weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen der Informationsgesellschaft erarbeiten. Über Foren und soziale Netzwerke sollen auch die Anregungen interessierter Bürger in die Arbeit der Kommission einbezogen werden.



In der rasanten Entwicklung des Internets liegt zuallererst eine Chance. Die vielen Möglichkeiten bringen aber auch Herausforderungen mit sich. So muss der Rechtsrahmen der digitalen Gesellschaft angepasst werden, um auch im Internet starke Verbraucherrechte zu gewährleisten. Weitere wichtige Themen der Kommission sind der Schutz des geistigen Eigentums und die Steigerung der Medienkompetenz von Kindern. Aufgrund der steigenden Bedeutung des Internets muss auch einer Spaltung der Gesellschaft in Benutzer der neuen Medien und Menschen ohne Internetzugang vorgebeugt werden.

Gentechnik

Länder können selbst entscheiden

Die EU-Kommission erlaubt den Anbau der gentechnisch veränderten Kartoffel ‚Amflora‘ zu industriellen Zwecken und überlässt die Entscheidung über den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen den Mitgliedsstaaten.

Künftig obliegt es generell den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten, über die Zulässigkeit des Anbaus gentechnisch veränderter Pflanzen zu befinden. Verbraucherschutzministerin Ilse Aigner begrüßte die Übergabe der Entscheidungsbefugnis an die Bundesrepublik als positives Signal. Im vergangenen Jahr hatte es Ilse Aigner unter Berufung auf Studien über Umweltrisiken verboten, die gentechnisch veränderte Maissorte ‚Mon 810‘ anzubauen.

Bezüglich der genauen Ausgestaltung der Regelungen für den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen arbeitet die christlich-liberale Regierungskoalition an einer doppelten Strategie: Einerseits soll ein eindeutiger bundeseinheitlicher Rahmen für den Umgang mit gentechnisch verändertem Saatgut geschaffen werden. Andererseits will die Bundesregierung die Eigenverantwortung der Länder stärken und ihnen wichtige Kompetenzen einräumen. So sollen die Bundesländer künftig selbst die Abstände festlegen, die zwischen Feldern mit genetisch veränderten Pflanzen und solchen mit konventionellem oder ökologischem Anbau einzuhalten sind.

In einem strengen, von Brüssel vorgegebenen Rahmen kann die gentechnisch veränderte Kartoffelsorte ‚Amflora‘ nun angebaut werden. Dazu müssen allerdings mehrere Voraussetzungen erfüllt sein: So darf die Sorte nicht für den Verzehr durch Menschen, sondern nur zur industriellen Verwendung – etwa in der Papierherstellung – produziert werden. Außerdem müssen die betroffenen Landwirte in einem aufwendigen Verfahren sicherstellen, dass keine einzelnen Kartoffeln in der Erde zurückgelassen werden oder sich ihre Samen verbreiten könnten.